

Unter dem letzten Tagesordnungspunkt des zu Ende gehenden Sitzungsjahres 2022 erfolgt heute die Einbringung des Haushaltes 2023 – ein in mehrfacher Hinsicht besonderer Haushalt, worauf ich gleich eingehen werde. Der Gemeindevorstand hat den Entwurf mit den dazu gehörenden Anlagen am 13. Dezember festgestellt.

Erstmals erfolgt die Vorlage der Unterlagen ausschließlich digital über Internet basierende Anwendungsprogramme. Das ist zum einen sd.net – die Software unseres Ratsinfosystems, wo wir heute die wesentlichen Bestandteile des Haushaltes in einer ergänzenden Beschlussvorlage zu diesem TOP bereitgestellt haben. Dies ersetzt die seitherige Zusammenfassung, die als Papierausdruck an alle verteilt wurde. Zum anderen ist das IKVS – eine neue Plattform, die künftig interaktive Haushaltsauswertungen möglich machen soll und die wir jetzt in einem ersten Schritt für die Bereitstellung des Haushaltsentwurfs nutzen. Hierzu müssten alle heute eine E-Mail mit Zugangsdaten erhalten haben. Auf der Leinwand ist die Startseite zu sehen, über die der komplette Inhalt des Haushaltes einfach abrufbar sein sollte. Sofern Probleme in der Handhabung entstehen, hilft Fredi Balonier vom Fachbereich Finanzen gerne weiter. Darüber hinaus erhält jede Fraktion wie seither ein Exemplar des Haushaltes auf Kostenstellenebene als Papierausdruck. Dieses reichen wir im Laufe der Woche nach.

Mit dieser kleinen Vorrede komme ich zur Vorstellung des Zahlenwerkes und beginne wie üblich mit dem **Ergebnishaushalt**, der in Erträgen mit rund 16,11 Mio € und in Aufwendungen mit rund 16,96 Mio € abschließt und somit im ordentlichen Ergebnis ein Defizit von 856.825 € ausweist. Das ist ziemlich genau das Doppelte des Fehlbedarfes, der für 2022 geplant war. Wir liegen damit dicht an dem traurigen Rekordwert, den wir während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2011 mit Minus 950.000 € zu verkraften hatten. Ich will eigentlich nicht daran erinnern, dass es in der Folge bis ins Jahr 2018 gedauert hat, um das aufgelaufene Gesamtdefizit ausgleichen und wieder positive Zahlen schreiben zu können. Doch leider sind die Zukunftsprognosen derzeit recht düster, so dass wir uns erneut auf schwere Zeiten einstellen müssen.

Ein wesentlicher Unterschied zu damals ist das Rücklagenpolster, dass wir uns ab 2018 aufbauen konnten. Dessen Inanspruchnahme hilft uns, nicht nur den Haushalt 2023, sondern auch die geplanten negativen Ergebnisse der Folgejahre ausgleichen zu können, so dass kein erneutes Haushaltssicherungskonzept erforderlich wird. Trotzdem sind sehr

schmerzhaft Maßnahmen erforderlich, um nicht noch tiefer abzurutschen. Dazu gehört vor allem die erneute Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um weitere 60 Prozentpunkte auf 520 %. Wir erreichen damit den aktuellen Landesdurchschnitt, der in 2023 sicher auch weiter steigen wird. Die Erhöhung ist notwendig, um das Defizit nicht weiter ausufern zu lassen und den Haushaltsausgleich unter Einsatz der Rücklagen gewährleisten zu können.

Bemerkenswert ist auch der Anstieg des Haushaltsvolumens um satte 3 Mio € gegenüber jeweils rund einer halben Million in den Vorjahren. Er ist ein deutlicher Ausdruck der inflationären Entwicklung und den damit verbundenen enormen Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen.

Zu den wesentlichen Erträgen unseres Haushaltes zählen:

- Die Einkommenssteueranteile mit rd. 4,08 Mio € (+ 210.000 €)
- Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen mit rd. 3,84 Mio € (+ 540.000 €)
- Die Einnahmen aus Gebühren mit rd. 3,05 Mio € (+ 725.000 €)
- Die Gewerbesteuer mit rd. 1,58 Mio € (+ 450.000 €)
- Die Grundsteuer B mit rd. 860.000 € (+ 100.000 €)
- Zweckgebundene (nichtinvestive) Zuweisungen mit rd. 950.000 € (+ 170.000 €)
- Die Auflösung von Sonderposten mit rd. 620.000 € (+ 145.000 €)

Den allgemeinen Steuer- und Zuweisungserträgen liegen die vom Land bekanntgegebenen Orientierungs- und Planungsdaten zugrunde. Diesen haben wir insbesondere bei den Einkommenssteueranteilen und bei der Gewerbesteuer sehr optimistische Ausgangswerte zugrunde gelegt, so dass die Erreichung der Planansätze alles andere als sicher ist.

Bei den Gebühren wurden die Auswirkungen der heute beschlossenen Neukalkulation der Wasser- und Abwassergebühren berücksichtigt. Die damit verbundenen – gerade beim Wasser drastischen - Erhöhungen sind für die Bürgerinnen und Bürger schmerzlich, aber letztlich durch das gesetzliche Kostendeckungsprinzip unvermeidlich. Auch hier zeigt die Inflation und vor allem die Energiekrise ihre Spuren. Hinzu kommt ein zunehmender Instandhaltungsaufwand für unser in die Jahre gekommenes Leitungsnetz.

Dem stehen folgende wesentliche Aufwendungen gegenüber:

- für Kreis- und Schulumlage rd. 5,52 Mio € (+ 815.000 €)

- für Personal (inkl. Versorgung) rd. 3,78 Mio € (+ 520.000 €)
- für Sach- und Dienstleistungen rd. 3,45 Mio € (+ 1,03 Mio €)
- für Zuweisungen und Zuschüsse rd. 2,26 Mio € (+ 230.000 €)
(dies sind im Wesentlichen die Zuschüsse an die kirchlichen Kita-Träger und die Müllgebühren, die an den MZVO als Zuweisung weitergeleitet werden)
- für Abschreibungen rd. 1,08 Mio € (+ 50.000 €)

Der drastische Anstieg der Kreis- und Schulumlage hat seine Ursache in stark gestiegenen Umlagegrundlagen, aber auch in einer vom Kreis angekündigten Anhebung des Schulumlagehebesatzes um knapp 3,5 Prozentpunkte. Diese ist vom Kreis als Schulträger kostendeckend zu erheben und bei den Schulen steigen die Ausgaben dramatisch an. Darüber hinaus droht auch bei der Kreisumlage eine Erhöhung des Hebesatzes. Dies ist aber noch nicht konkret, da hierzu noch Gespräche des Kreises mit dem RP Darmstadt über den in starker Schieflage befindlichen Kreishaushalt ausstehen. Dessen Vorlage an den Kreistag wurde deshalb bis auf Weiteres zurückgestellt. Ein Prozentpunkt mehr an Kreisumlage würde für die Gemeinde Lützelbach eine weitere Belastung von knapp 100.000 € bedeuten.

Die deutliche Erhöhung bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen resultiert aus einer eingerechneten Tarifsteigerung von 3,5 % und zusätzlichem Personalbedarf sowohl im Bereich Verwaltung/Bauhof als auch bei den Kitas. Auch hier müssen wir mit Blick auf die anstehenden schwierigen Tarifverhandlungen noch mit einer zusätzlichen Belastung in derzeit unbestimmter Höhe rechnen.

Hinter der enormen Steigerung bei den Sach- und Dienstleistungen stehen mehrere Gründe – angefangen von den explodierenden Energiepreisen über einen steigenden Instandhaltungsbedarf an Gebäuden und Leitungsnetzen bis hin zu Beratungsleistungen und Nutzungsentgelten im Zuge neuer gesetzlicher Aufgabenerfüllungen wie OnlineZugangsGesetz (OZG), § 2b Umsatzsteuergesetz und anderes mehr.

Weiter auf dem Weg nach oben sind die Kosten für die Kinderbetreuung, was sich sowohl bei den Zuweisungen an die kirchlichen Träger als auch beim eigenen Personalaufwand bemerkbar macht. Der Gesamtzuschussbedarf von 2,25 Mio € zeigt einmal mehr dessen zentrales Ausgabengewicht für den Haushalt unserer Gemeinde und verdeutlicht die dringende Notwendigkeit für eine bessere Finanzausstattung durch den Gesetzgeber.

Mit diesen kurz gehaltenen Erläuterungen verlasse ich die Ergebnisplanung und leite über zum **Finanzhaushalt**, der leider unausgeglichen ist, weil wir keinen Finanzmittelüberschuss, sondern einen (wenn auch mit 15.000 € nur kleinen) Fehlbedarf aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erwarten und insofern kein Geld für die Tilgungsleistungen erwirtschaften können. Deshalb muss unser Haushalt 2023 - ungeachtet der erforderlichen Kreditermächtigung - von der Aufsicht genehmigt werden. Dass daraus kein Problem entstehen dürfte, liegt in der Tatsache, dass wir die Tilgungen aus vorhandener ungebundener Liquidität bedienen können und insoweit der aktuellen Erlasslage des Landes entsprechen.

Unseren Finanzmittelbestand zum Jahresende 2022 haben wir mit rund 2,23 Mio € hochgerechnet. An dieser Stelle wiederhole ich meine Aussage aus dem letzten Jahr: So solide das derzeit noch klingt, ist nüchtern festzustellen, dass dies bei Weitem nicht ausreicht, um unser weiterhin sehr ausgeprägtes Investitionsverhalten auskömmlich finanzieren zu können.

Hierzu verweise ich auf das **Investitionsprogramm**, in dem sich weiterhin ein breites Spektrum an Maßnahmen aus unterschiedlichen Bereichen widerspiegelt. Durch noch nicht abgeschlossene bzw. ausstehende Maßnahmen wie der Kita-Neubau in Seckmauern oder die Jocksberg-Brücke in Seckmauern einerseits und neu hinzukommende Maßnahmen wie die heute beschlossene Vorsorgeplanung zur Krisenvorsorge, der angestrebte Breitbandausbau oder auch die im Raum stehende Schaffung eines Naturkindergartens andererseits wächst der von mir bereits im letzten Jahr als rekordverdächtig bezeichnete Finanzierungsbedarf noch einmal deutlich auf rd. 3,5 Mio € an. Ich erspare mir an dieser Stelle eine weitergehende Aufzählung einzelner Projekte und verweise stattdessen wie üblich auf die tabellarische Zusammenstellung mit detaillierten Erläuterungen, die dem mit der NSK-Software erzeugten Investitionsprogramm vorangestellt ist.

Auch wenn der Finanzierungsbedarf in den Folgejahren zurück geht, bleibt er auch in der Gesamtbetrachtung der vier Haushaltsjahre mit knapp 5,5 Mio € auf sehr hohem Niveau. Naturgemäß sind hier viele Veranschlagungen noch unkonkret. Herausgenommen wurde die etwaige Übernahme und Erweiterung der evangelischen Kita in Lützel-Wiebelsbach, da hier sowohl über das „Ob“ als auch über das „Wie“ noch grundsätzliche Beratungen zu führen sind. Nicht abgebildet ist außerdem der noch zu definierende Umfang an Ausbaumaßnahmen in den Bereichen Straßen/Wasser/Abwasser, so dass die

Belastungen tendenziell noch höher ausfallen dürften, was die Gemeinde erheblich fordern und zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldung führen wird.

Für 2023 sieht der Finanzhaushalt eine Darlehensaufnahme von rd. 1,9 Mio € vor. In den Folgejahren bis 2026 sind weitere Kredite von rd. 1,3 Mio € eingeplant. Trotz fortlaufender Regeltilgung werden wir damit am Ende des Planungszeitraumes voraussichtlich die 5 Millionen-Marke überschritten haben.

Damit bin ich bei der **Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung**, die für 2024 und 2025 leider weitere Defizite von zusammen knapp 1 Mio € ausweist. Erst 2026 wird wieder ein kleiner Überschuss von rund 35.000 € prognostiziert. Das Erschreckende daran: in diese Ergebnisse sind weitere deutliche Anhebungen des Hebesatzes der Grundsteuer B von jeweils 100 Prozentpunkten in 2024 und 2026 eingerechnet. Nur hierdurch gelingt es, das Gesamtdefizit im Planungszeitraum so zu begrenzen, dass die vorhandenen Rücklagen in Höhe von derzeit rund 2,1 Mio € zum durchgängigen Haushaltsausgleich reichen. Auch wenn das jetzt noch nicht beschlossen, sondern nur zur Kenntnis genommen wird, muss uns klar sein, dass daran kaum ein Weg vorbeiführt, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht merklich verbessern.

Ich komme zum **Stellenplan**, der gegenüber dem Vorjahr im Gesamtsaldo eine Erhöhung um 3,54 Stellen ausweist. Diese verteilen sich auf 1,52 Stellen im Bereich Verwaltung und Bauhof sowie 2,02 Stellen im Bereich Kitas. In der Verwaltung dienen die neuen Stellen in erster Linie der Kompensation bevorstehender altersbedingter Fluktuationen, in deren Folge dann auch wieder Stellen wegfallen werden. Bei den Kitas müssen in größerem Maße zusätzliche Personalstunden aufgrund der absehbaren Platzbelegungen in beiden Einrichtungen abgedeckt werden. Hier wirkt sich unter anderem die neu entstehende Krippengruppe in der neuen Kita in Seckmauern aus. Außerdem wurden zwei qualitative Veränderungen als Ergebnis von angepassten Stellenbewertungen vorgenommen.

Schließlich noch zur **Haushaltssatzung**, in der der Hebesatz für die Grundsteuer B wie heute beschlossen auf 520 % erhöht und für die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer unverändert festgesetzt wurde. Der Liquiditätskreditrahmen bleibt unverändert bei 750.000 €, um flexibel agieren zu können. Darüber hinaus beinhaltet die Haushaltssatzung wieder Verpflichtungsermächtigungen zulasten des Haushaltsjahres 2024 in Höhe von 200.000 € zur jahresübergreifenden Planung und Ausführung einzelner Bauvorhaben.

Damit komme ich zu meinen **Schlussbemerkungen** und fasse wie folgt zusammen:

Mit dem Haushalt 2023 sind die Auswirkungen der vielzitierten „Zeitenwende“ auch in unserer Gemeinde angekommen. Wie jeder einzelne von uns leidet auch unser kommunales Gemeinwesen unter den extremen Kostenanstiegen. Doch im Unterschied zu den für Privathaushalte und Wirtschaft geschnürten Entlastungspaketen warten die Kommunen seither vergebens auf staatliche Hilfen. Stattdessen türmen sich weiterhin von oben verordnete Aufgaben und Standards gepaart mit teils überbordender Bürokratie. So bleibt am Ende nur der Weg, zur Bewältigung all dessen dem Bürger in die Tasche zu greifen, und durch Abgabehöhen von dem zu holen, was Bund und Land „großmütig“ verteilen.

Doch dieser Griff hat Grenzen der Zumutbarkeit und spielt die Kommunen und ihre Bürger gegeneinander aus. Gerade jetzt aber ist Zusammenhalt vor Ort mehr denn je gefragt. Deshalb appelliere ich eindringlich, die kommunale Ebene nicht ausbluten zu lassen, sondern ihre grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung zu stärken und ihr bei ihren zentralen Zukunftsaufgaben wie Ausbau der Kinderbetreuung sowie Erhalt und Sicherung der öffentlichen Infrastruktur mehr Hilfe zukommen zu lassen. Unsere Dörfer und Städte sind die Lebensmittelpunkte der Menschen und damit die Keimzelle funktionierender Demokratie, die in diesen Tagen besonders auf dem Spiel steht.

Ich hätte mir sehr gewünscht, dass der letzte Haushalt, den ich vorlege, unter besseren Vorzeichen steht und ich einen optimistischeren Ausblick geben könnte. Aber wir befinden uns inmitten einer von Krisen durchzogenen Zeit, in der vieles fremdbestimmt ist und von der wir nicht wissen, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Deshalb fehlt dem Blick nach vorne derzeit leider die klare Perspektive. Doch vielleicht hilft auch eher der Blick zurück, der uns zeigt, dass wir schon viele Krisen hinter uns gelassen und immer wieder zu Stärke und Gestaltungskraft zurückgefunden haben. Das sollte uns bei allem Hadern Mut und Zuversicht für unser weiteres Denken und Handeln geben.

In diesem Sinne bringe ich nunmehr den Entwurf des Gemeindehaushaltes 2023 mit allen Anlagen zur Beratung ein. Ich verbinde dies wie immer mit einem Dank an die mit der Zusammenstellung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an der Spitze Michael Weyrauch, und stehe gemeinsam mit diesen den Fraktionen gerne für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.